Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE "Aktuellen geopolitischen Gefahren entgegentreten: Cyberangriffe und Drohnenüberflüge konsequent aufklären - die Verantwortlichen detektieren", 17.09.2026

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Abend des 4. August 2026 war zweifelsohne eine Zäsur für die deutsche Sicherheitspolitik. Nach aktuellem Kenntnisstand waren an diesem Tag in den frühen Abendstunden drei Drohnen, von denen mindestens zwei mit Sprengstoff bestückt waren, auf dem Gelände und in der Umgebung des Flughafens Halle-Leipzig in der Luft. Das Ziel war, eine Explosion an den sich dort befindlichen ukrainischen Antonov-Frachtflugzeugen herbeizuführen. Der Schaden des Anschlags, der drohte und der vermutlich nur durch einen fehlerhaften Zünder nicht eintrat, wäre immens gewesen und in dieser Form in der jüngeren deutschen Geschichte einmalig.

Bereits kurze Zeit nach dem Vorfall gab es erste Vermutungen über die mögliche Verantwortung des russischen Staates und seiner Geheimdienste, die schließlich am 1. September vonseiten der Bundesregierung offiziell bestätigt wurde. Und an der Stelle, Herr Kollege Rudolph, muss ich mich schon sehr wundern, dass Sie bei dieser an Eindeutigkeit nicht zu überbietenden Feststellung der Bundesregierung von politischer Attribuierung sprechen. Und ich wundere mich weiterhin, dass Ihnen der Umstand entfallen zu sein scheint, dass natürlich Sicherheitsbehörden nicht mit jeder sensiblen Information in nahezu öffentlich tagende Ausschüsse reingehen können. Sie sind selbst Mitglied eines Gremiums dieses Landtags, das den Nachrichtendienst des Freistaates Sachsen in geheimen Sitzungen beobachtet. Dass Ihnen das bewusst ist, darf man unterstellen. Insofern wundere ich mich doch sehr, wie Sie hier die Fakten verdrehen und die Dinge darstellen.

Ganz im Gegenteil ist es nämlich so, dass die Informationen zu Baukonfiguration, Sprengstoff, Zündtechnik und identifizierten Verantwortlichen der Bundesregierung den klaren Rückschluss zuließen und zulassen, dass hinter dem versuchten Anschlag das autoritäre und aggressive Regime von Wladimir Putin steht. Die hybride Kriegsführung gegen demokratische Staaten beschränkt sich nicht länger nur auf Provokationen, Desinformation und Cyberangriffe, sondern sucht die aktive Eskalation auf unserem Staatsgebiet. Dieser Umstand zwingt den Staat, die Sicherheitsbehörden und auch uns als Politik dazu, die Schutzkonzepte für die kritische Infrastruktur und für die Menschen in unserem Land – Infrastrukturen öffentlicher und privater Hand – schnell zu aktualisieren und in wirksame, moderne Abwehrsysteme zu investieren.

An der Stelle ganz kurz eine Replik auf den Kollegen Wippel und seine skizzierte Idee, dass sozusagen nur die Bundespolizei für das Thema Drohnenabwehr zuständig sein solle: Ich habe persönlich nichts dagegen, dass wir über das Thema Föderalismus im Bereich Sicherheit reden. Es gibt bestimmt Themen, wo Bund und Länder intensiv zusammenarbeiten können. Allerdings in so einer Lage, in der wir uns jetzt befinden, in der wir immer noch nahezu täglich neue Lageeinschätzungen haben und sich die Situation verändert, einen solchen Systemwechsel zu vollziehen, halte ich für brandgefährlich. Wir haben klare Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Bundespolizei und Landespolizei. Am Beispiel des Flughafens Leipzig ist der Luftraum über dem Flughafen Bund, der Luftraum neben dem Flughafen Land und das Umfeld des Flughafens ebenfalls Land. Das ist völlig klar. Das System hat schlicht nicht funktioniert, und es hing vom Zufall ab, dass nichts passiert ist.

Meine Damen und Herren, das Finden der Antworten im Zuge des gescheiterten Anschlags auf internationaler Ebene ist Aufgabe der Bundesregierung, die auch bereits erste Maßnahmen erlassen hat. Die Verantwortung für die Absicherung unseres Luftraums und der kritischen Infrastruktur in Sachsen liegt nun mal bei der Staatsregierung und der Landespolitik. Spätestens seit dem 4. August kann deshalb bei der Detektion und Abwehr von Drohnen ein simples „Weiter so“ keine Antwort mehr sein, sondern es bedarf auch in Sachsen des umsichtigen Prüfens und Erweiterns der vorhandenen Konzepte und Fähigkeiten.

Ich danke deshalb ausdrücklich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die weitblickend mit ihrem Antrag einen wichtigen Impuls geschaffen hat, um genau diese Herausforderung anzugehen und die Abwehr von Cyber- und Drohnenangriffen in Sachsen an die neuen Realitäten anzupassen. Es ist sehr gut, dass wir uns zusammen mit den Antragstellern sowie den Fraktionen CDU und Die Linke in einem überaus konstruktiven Prozess auf konkrete Schritte verständigen konnten, die jetzt angegangen werden müssen:

Erstens wollen wir gemeinsam die Drohnenabwehr in Sachsen konzeptionell ausbauen, indem wir das Spektrum an relevanten Schutzobjekten erweitern und in Zusammenarbeit mit den Betreibern zukünftig auch die Absicherung unserer kritischen Infrastruktur stärker in den Blick nehmen werden. Der Vorfall am Flughafen Leipzig zeigt: Es sind nicht nur Großveranstaltungen und staatliche Liegenschaften, die von unerlaubten Drohnenflügen tangiert werden. Auch Verkehrsknotenpunkte, Bahntrassen oder Staudämme können zunehmend zum Ziel von Angriffen werden, welche das geregelte Leben in unserem Land beeinträchtigen wollen.

Zweitens gilt es, neben dem Erkennen von Drohnen und deren Abwehr auch die dahinterstehenden Piloten sowie deren Auftraggeber zu identifizieren und zur Verantwortung zu ziehen. Wir reden bei diesem Thema eben nicht länger nur von handelsüblichen Drohnen, die von Hobbypiloten in gesperrten Gebieten in die Luft gelassen werden. Der Fall Leipzig zeigt, dass wir zunehmend mit professionellen Akteuren rechnen müssen, die Drohnen über große Entfernungen sicher steuern können und hinter denen ausländische Staaten oder Organisationen stehen können.

Als Drittes fordert der vorliegende Antrag in seiner geänderten Fassung ein verbessertes Monitoring relevanter Vorkommnisse. Die Sicherheitsbehörden brauchen ein genaues Gesamtlagebild. Nur durch das fortlaufende Dokumentieren und Überprüfen von Meldewegen, Einsatzzeiten, Interventionen und Ermittlungsergebnissen lassen sich unsere bestehenden Schutzsysteme kontinuierlich und zielgerichtet optimieren.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Vorfall am 4. August hat uns die Sicherheitslage, mit der wir konfrontiert sind, schonungslos aufgezeigt. Es liegt an uns, die richtigen Schlussfolgerungen für die Sicherheit der Menschen in Sachsen und einen konsequenten Umgang mit hybriden Angriffen auch durch andere Staaten zu ziehen. Lassen Sie uns deshalb heute gemeinsam die Cyber- und Drohnenabwehr im Freistaat voranbringen, damit zukünftig die Verhinderung von Katastrophen eben nicht allein dem Zufall überlassen wird. Wir wollen, dass die verantwortlichen Stellen in unserem Land die dafür notwendigen Fähigkeiten bekommen.

Als SPD werden wir dem Antrag in der geänderten Fassung deshalb zustimmen und ich bitte Sie ebenfalls um Zustimmung. Vielen Dank.